

1. Novelle COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – Rückmeldungen aus der Befassung der Corona-Kommission bis 25.11.2020, 9 Uhr

Zusammenfassung der Befassung der Corona-Kommission:

3 Rückmeldungen von KurienvorteilertInnen sind eingelangt: BMAFJ, BMK und Land Wien

Rückmeldungen im Detail:

Name, Kurie	Datum	Bezugnehmende §§	Stellungnahme inhaltlich
Piller, BMAFJ	24.11.2020	§ 6, Abs. 5	<p>mit Z 13 der Novelle soll in § 6 folgender Abs. 5 angefügt werden: „(5) Das Betreten von Arbeitsorten, auch von solchen, die außerhalb von Betriebsstätten liegen und insoweit als auswärtige Arbeitsstellen gemäß § 2 Abs. 3 letzter Satz ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG), BGBl. Nr. 450/1994, gelten, zum Zweck der Erbringung körpernaher Dienstleistungen ist untersagt. Dies gilt nicht für körpernahe Dienstleistungen gemäß § 5 Abs. 4.“</p> <p>Die Terminologie dieser VO ist eine andere als im ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG). § 2 Abs. 3 ASchG definiert Arbeitsstätten, Baustellen und auswärtigen Arbeitsstellen.</p> <p>„Arbeitsstätten im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Arbeitsstätten in Gebäuden und Arbeitsstätten im Freien. Baustellen im Sinne dieses Bundesgesetzes sind zeitlich begrenzte oder ortsveränderliche Baustellen, an denen Hoch- und Tiefbauarbeiten durchgeführt werden. Auswärtige Arbeitsstellen im Sinne dieses Bundesgesetzes sind alle Orte außerhalb von Arbeitsstätten, an denen andere Arbeiten als Bauarbeiten durchgeführt werden insbesondere auch die Stellen in Verkehrsmitteln, auf denen Arbeiten ausgeführt werden.“</p> <p>In der Formulierung des neuen Absatz 5 wird nun der Begriff Betriebsstätte verwendet (in § 5 Abs.1 hingegen Arbeitsstätte) und weiters „auswärtige Arbeitsstelle“, was nicht unbedingt zur Klärung beiträgt, weil nun zB Baustellen, wenn man sich an der Terminologie des ASchG orientiert, nicht genannt werden.</p>

			<p>Bisher gingen wir davon aus, dass die Arbeitsorte in den Covid-19 Maßnahmenverordnungen Arbeitsstätten, Baustellen und auswärtige Arbeitsstellen umfassten.</p> <p>Ohne jetzt die Anlassfälle zu kennen, die diese Änderung erforderlich machen, könnte vielleicht mit folgender einfacherer Formulierung das Auslangen gefunden werden: <i>„Das Betreten von Arbeitsorten, auch von solchen, die außerhalb von Arbeitsstätten liegen, zum Zweck der Erbringung körpernaher Dienstleistungen ist untersagt. Dies gilt nicht für körpernahe Dienstleistungen gemäß § 5 Abs. 4.“</i></p> <p>Damit wäre zB verhindert, dass die körpernahe Dienstleistung „Haare schneiden“ durch eine Friseurin in der Arbeitsstätte einer Bank erbracht wird. Ist das die beabsichtigte Regelung?</p>
Herndler, BMK	24.11.2020	§ 9 Abs. 5	<p>Vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Klarstellung betreffend Schülertransporte (§ 4 Abs. 2) sowie Flugfelder und Flughäfen iVm Sportausübung (§ 9 Abs. 5).</p> <p>Seitens des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie erlauben wir uns darauf hinzuweisen, dass ho betreffend Flugsport kein epidemiologischer Unterschied zwischen z.B. einer Bootsfahrt (gem. interministerieller Abstimmung S7 am 19.11.2020 zulässig, da keine Sportstätte benutzt wird) und einem "Sport"-Flug erkannt werden kann.</p> <p>Es ergeht daher das Ersuchen seitens BMK um Information betreffend unterschiedlichem Infektions- bzw. Verbreitungsrisiko um insbes. auch der Luftfahrtindustrie entsprechend antworten zu können bzw. in eventuell um Streichung der § 9 Abs. 5.</p>
Müller, Land Wien	25.11.2020	Zu Z 3 (§ 1 Abs. 1 Z 3 lit.c)	<p>Der Ausnahmetatbestand der lit.c „Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen“ wird ausdrücklich um die Vornahme einer Testung auf COVID-19 im Rahmen von Screenings erweitert. Diese Konkretisierung ist jedoch nicht erforderlich, zumal auch dies unter „Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen“ subsumiert werden kann. Das konkrete Anführen von COVID-19-Testungen im Rahmen von Screenings führt nämlich dazu, dass sich die Frage stellt, was sonst für die Vornahme einer Testung auf COVID-19 (z.B. Aufsuchen der von der Stadt Wien aufgestellten Checkboxes, privater Test zur Sicherheit ohne Vorliegen von COVID-19-Symptomen bzw. ohne Verdacht auf eine COVID-</p>

			<p>19-Erkrankung) gilt. Fällt dies dann weiter in den Ausnahmetatbestand „Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen“?</p> <p>Um Unklarheiten zu vermeiden, sollte zumindest die Wortfolge „im Rahmen von Screenings“ gestrichen werden.</p>
		Zu Z 6 (§ 1 Abs. 1 Z 8)	<p>In dieser Bestimmung wird ergänzt, dass der eigene private Wohnbereich auch zum Zweck des zulässigen Betretens von Elementaren Bildungseinrichtungen, Schulen und Universitäten (Einrichtungen gemäß § 15 Abs. 1 Z 1 und 2) verlassen werden darf. Für diese gilt jedoch gemäß § 15 Abs. 1 die Verordnung nicht.</p>
		Zu Z 7 (§ 1 Abs. 3)	<p>Diese Regelung ist nicht verständlich formuliert, insbesondere die Formulierung der Z 1 („auf der einen Seite Personen aus höchstens einem fremden Haushalt gleichzeitig beteiligt sind“). Gemeint ist vermutlich, dass bei Kontakten im Sinne von Abs. 1 Z 3 lit.a und Z 5 Personen aus maximal 2 verschiedenen Haushalten gleichzeitig beteiligt sein dürfen, wobei auf der einen Seite - also von einem der beiden Haushalte - mehrere Personen und von dem anderen Haushalt nur eine Person (plus aufsichtspflichtige Kinder) beteiligt sein dürfen. Die Regelung wäre entsprechend klar zu formulieren. Anzumerken ist auch, dass diese Regelung lebensfremd anmutet: Dies würde nämlich bedeuten, dass z.B. Großeltern (2 Personen) nur von der Tochter und dem aufsichtspflichtigen Enkelkind besucht werden dürfen, der Mann der Tochter (Schwiegersohn) aber nicht mitkommen darf.</p>
		Zu Z 9 und 10 (§ 5 Abs. 1 Z 3 und Abs. 3)	<p>Die Änderung betreffend Freizeiteinrichtungen ist sehr weit formuliert, insbesondere in Zusammenschau mit der „Streichung“ des ursprünglich angedachten § 5 Abs. 3a scheint unklar, was alles unter einer „sonstigen Einrichtung“ zu verstehen ist.</p>
		Zu Z 12 (§ 5 Abs. 5 Z 8)	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass die Aufnahme der Z 8 in § 5 Abs. 5 für Leistungen im Sozialbereich zu Problemen führen kann. Die Bestimmung ist nicht präzise formuliert. Insbesondere ist unklar, unter welchen Bedingungen für die Erbringung einer Dienstleistung weitere Personen zwingend erforderlich sind. Darüber hinaus wäre es hilfreich eine solche Ausnahme nicht allein auf die Erbringung der Dienstleistung, sondern auch auf die Inanspruchnahme der Dienstleistung auszuweiten. Eine dahingehende Klarstellung ist z.B. für den weiteren Betrieb von Wärmestuben und Tageszentren für obdach- und wohnungslose Menschen dringend erforderlich.</p>
		Zu Z 14 (§ 9 Abs. 5)	<p>Es ist anzumerken, dass ein Flughafen nach dem Luftfahrtgesetz ein öffentlicher Flugplatz ist, der für den internationalen Luftverkehr bestimmt ist und über die hierfür erforderlichen Einrichtungen verfügt. Es stellt sich die Frage, ob tatsächlich auch Flughäfen zur Ausübung</p>

			des Flugsports genutzt werden. Nur dann macht es nämlich Sinn diese den Sportstätten gemäß § 9 Abs. 1 gleichzustellen.
		Zu Z 16 (§ 10 Abs. 4 Z 1 und § 11 Abs. 4 Z 1)	In diesen Bestimmungen soll konkretisiert werden, dass bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Alten-, Pflege- und Behindertenheimen und in bettenführenden Kranken- bzw. Kuranstalten, um die Einrichtungen trotz positiven Antigen-Tests auf SARS-CoV-2 betreten zu dürfen, jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegen muss. Es ist jedoch nicht klar, was der Verordnungsgeber unter einer abgelaufenen Infektion versteht. Aus Sicht des Landes Wien wäre hier einer Formulierung wie z.B. „nach bestätigter durchgemachter Erkrankung“ der Verzug zu geben.
		Zu Z 17 (§ 11 Abs. 2 Z 7)	In § 11 Abs 2 Z 7 sollten noch die PatientInnenanwälte zur Wahrnehmung der nach landesgesetzlichen Vorschriften vorgesehen Aufgaben aufgenommen werden. Aufgrund des derzeitigen Entwurfs ist die Pflege- und PatientInnenanwaltschaft zwar berechtigt Pflegeeinrichtungen zu betreten, nicht hingegen Krankenanstalten und als Sonderkrankenanstalten geführte Pflegeeinrichtungen.
		Zu Z 20 (§ 15 Abs. 3 Z 4)	Die Erweiterung der Ausnahmen von der Pflicht zum Tragen einer den Mund- und Nasenbereich abdeckenden und eng anliegenden mechanischen Schutzvorrichtung „für gehörlose und schwer hörbehinderte Personen sowie deren Kommunikationspartner während der Kommunikation“ wird begrüßt.